

(Stand April 2018)

## Corporate Governance der Henkel AG & Co. KGaA

Der Vorstand, der Gesellschafterausschuss und Aufsichtsrat bekennen sich zu einer verantwortungsvollen, transparenten und auf die langfristige Steigerung des Unternehmenswerts ausgerichteten Führung und Kontrolle des Unternehmens. Entsprechend haben sie sich auf die folgenden drei Prinzipien verpflichtet:

- **Wertorientierung** ist die Maxime unserer Unternehmensführung.
- **Nachhaltigkeit** erreichen wir durch eine verantwortungsvolle Unternehmensführung.
- **Transparenz** erzielen wir mit unserer aktiven und offenen Informationspolitik.

Die Grundzüge der Corporate Governance der Henkel AG & Co. KGaA (nachfolgend auch Gesellschaft genannt) sind im Folgenden beschrieben<sup>1</sup>.

### 1. Organisation und Unternehmensbereiche

Die Henkel AG & Co. KGaA ist operativ tätig und zugleich Mutterunternehmen des Henkel-Konzerns. Als solches ist sie dafür verantwortlich, die unternehmerischen Ziele festzulegen und zu verfolgen. Zudem verantwortet sie das Führungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrumentarium einschließlich des Risikomanagements sowie die Verteilung der Ressourcen. All diese Verantwortlichkeiten nimmt die Henkel AG & Co. KGaA im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten innerhalb des Henkel-Konzerns wahr. Dabei bleibt die rechtliche Selbstständigkeit der Konzerngesellschaften gewahrt.

Die operative Steuerung obliegt dem Vorstand der Henkel Management AG in deren Funktion als alleinige, persönlich haftende Gesellschafterin. Der Vorstand wird hierbei von den zentralen Funktionen unterstützt.

Henkel ist in drei operative Unternehmensbereiche gegliedert:

- Adhesive Technologies,
- Beauty Care,
- Laundry & Home Care.

Die drei Unternehmensbereiche werden in weltweit verantwortlichen strategischen Geschäftseinheiten geführt. Diese werden von den zentralen Funktionen der Henkel AG & Co. KGaA, unseren Shared Services sowie unserer globalen Supply-Chain-Organisation

---

<sup>1</sup> Verwendete Bezeichnungen wie Mitarbeiter, Vorsitzender, Anteilseigner-/Arbeitnehmervertreter etc. sind geschlechtsneutral anzusehen und gelten für Männer und Frauen gleichermaßen.

unterstützt, damit Synergien des Konzernverbunds optimal genutzt werden können. Die Verantwortung für die Umsetzung der jeweiligen Strategien in den Regionen und Ländern liegt bei den Ländergesellschaften, deren Aktivitäten durch regionale Zentren koordiniert beziehungsweise unterstützt werden. Die Leitungsorgane dieser Ländergesellschaften führen ihre Unternehmen im Rahmen der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, Satzungen und Geschäftsordnungen sowie nach den Regeln unserer weltweit geltenden Grundsätze zur Unternehmensführung.

## **2. Rechtsform-/ satzungsspezifische Besonderheiten der Henkel AG & Co. KGaA**

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA). Da keine natürliche Person, sondern eine Kapitalgesellschaft – die Henkel Management AG – als persönlich haftende Gesellschafterin fungiert, muss gemäß den aktienrechtlichen Regelungen in der Firma der Gesellschaft auf diese Haftungsbeschränkung hingewiesen werden (§ 279 Absatz 2 AktG); entsprechend lautet die Firma der Gesellschaft „Henkel AG & Co. KGaA“.

### **2.1 Besonderheiten der Kommanditgesellschaft auf Aktien allgemein**

Die KGaA ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit (juristische Person), bei der mindestens ein Gesellschafter den Gesellschaftsgläubigern unbeschränkt haftet (persönlich haftender Gesellschafter) und die übrigen Gesellschafter an dem in Aktien zerlegten Grundkapital beteiligt sind, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften (Kommanditaktionäre, § 278 Absatz 1 AktG).

Bei der KGaA handelt es sich in ihrer rechtlichen Ausgestaltung um eine Mischform aus Aktiengesellschaft und Kommanditgesellschaft mit Schwerpunkt im Aktienrecht: Das Innenverhältnis der beiden Gesellschaftergruppen – persönlich haftende Gesellschafter und Gesamtheit der Kommanditaktionäre – sowie die Führungsstruktur der KGaA richten sich nach dem Recht der Kommanditgesellschaft, die Kapitalstruktur und die Rechte der Kommanditaktionäre richten sich nach Aktienrecht.

Zu einer Aktiengesellschaft (AG) bestehen im Wesentlichen folgende Unterschiede:

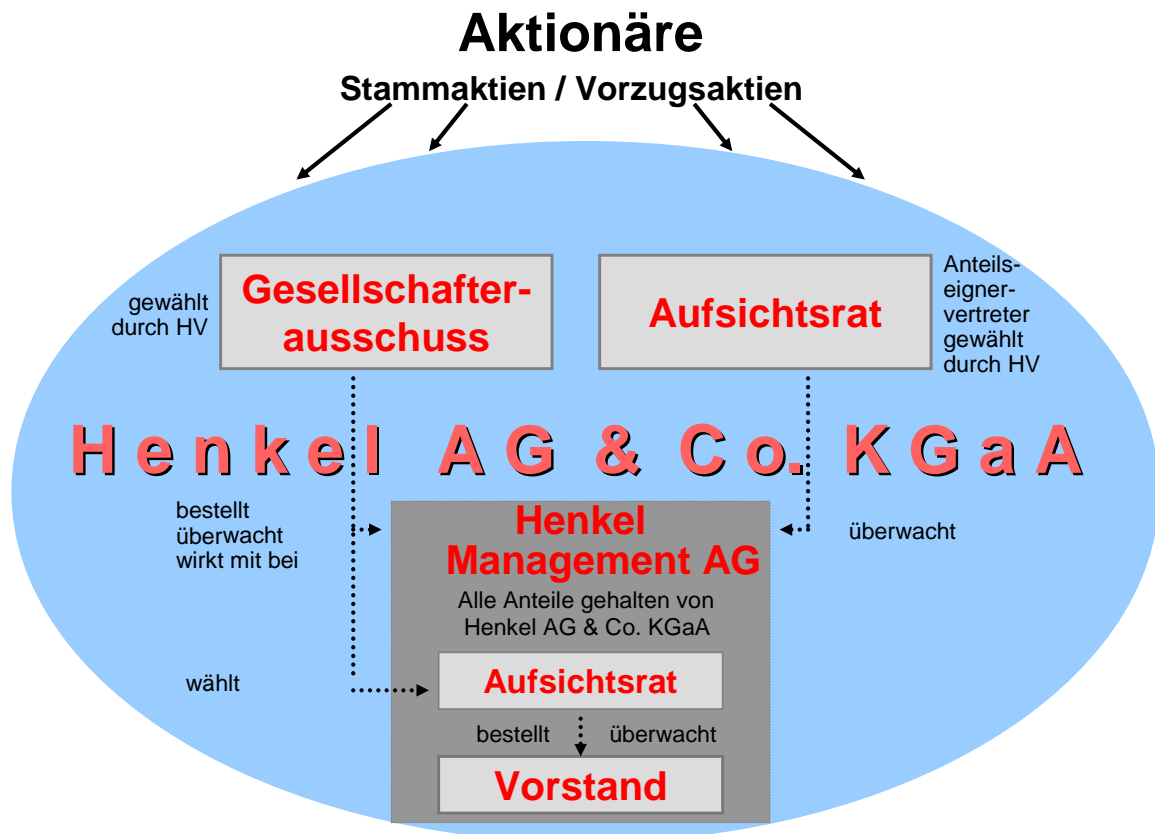
- Die Aufgaben des Vorstands einer AG nimmt bei der Henkel AG & Co. KGaA die Henkel Management AG – handelnd durch ihren Vorstand – als alleinige persönlich haftende Gesellschafterin wahr (§§ 278 Absatz 2, 283 AktG in Verbindung mit Artikel 11 der Satzung).
- Im Vergleich zu dem Aufsichtsrat einer AG sind die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats einer KGaA eingeschränkt. Insbesondere hat der Aufsichtsrat nicht die Kompetenz, persönlich haftende Gesellschafter zu bestellen und deren vertragliche Bedingungen zu regeln, eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung zu erlassen oder zustimmungsbedürftige Geschäfte festzulegen. Bei einer KGaA ist, auch wenn sie wie Henkel dem Mitbestimmungsgesetz 1976 unterliegt, kein Arbeitsdirektor zu bestellen.
- Die Hauptversammlung einer KGaA hat grundsätzlich dieselben Rechte wie die Hauptversammlung einer AG. Das heißt, sie beschließt unter anderem über die Gewinnverwendung, die Wahl (Anteilseignervertreter) und Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

sowie die Wahl des Abschlussprüfers sowie über Satzungsänderungen und kapitalverändernde Maßnahmen, die vom Vorstand umzusetzen sind. Zusätzlich beschließt sie rechtsformbedingt über die Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft und die Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin sowie bei Henkel über die Wahl und Entlastung der Mitglieder des satzungsgemäß eingerichteten Gesellschafterausschusses. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafter, soweit sie Angelegenheiten betreffen, für die bei einer Kommanditgesellschaft sowohl das Einverständnis der persönlich haftenden Gesellschafter als auch das der Kommanditisten erforderlich ist (§ 285 Absatz 2 AktG) oder es die Feststellung des Jahresabschlusses betrifft (§ 286 Absatz 1 AktG).

## 2.2 Struktur/Organe der Henkel AG & Co. KGaA

Alleinige **persönlich haftende Gesellschafterin** der Gesellschaft ist die Henkel Management AG (siehe 4.), deren Vorstand damit die Führung der Geschäfte der Gesellschaft obliegt. Sämtliche Aktien der Henkel Management AG werden von der Gesellschaft gehalten. Eine solche Struktur, bei der eine KGaA selbst alleinige Gesellschafterin der Kapitalgesellschaft ist, die ihrerseits einzige persönlich haftende Gesellschafterin der KGaA ist, wird als „Einheitsgesellschaft“ bezeichnet.

Weitere gesetzlich vorgegebene Organe sind der **Aufsichtsrat** (siehe 6.1) und die **Hauptversammlung** (siehe 8.). Darüber hinaus besteht ein per Satzung eingerichteter **Gesellschafterausschuss** (siehe 5.). Insgesamt stellt sich die Struktur wie folgt dar:



### 3. Kapital-/ Aktionärsstruktur

#### 3.1. Einteilung Grundkapital, Aktionärsrechte

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 437.958.750 Euro. Es ist eingeteilt in 437.958.750 Stückaktien (Aktien ohne Nennbetrag), die auf den Inhaber lauten, davon 259.795.875 auf den Inhaber lautende Stammaktien (mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 259.795.875 Euro, das entspricht 59,3 Prozent) sowie 178.162.875 auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien (mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 178.162.875 Euro, das entspricht 40,7 Prozent). Sämtliche Aktien sind voll eingezahlt. Sammelurkunden über Aktien können ausgestellt werden; ein Anspruch auf Einzelverbriefung der Aktien besteht nicht (Artikel 6 Absatz 4 der Satzung). Jede Stammaktie gewährt eine Stimme (Artikel 21 Absatz 1 der Satzung). Die Vorzugsaktien gewähren mit Ausnahme des Stimmrechts die jedem Aktionär zustehenden Rechte (§ 140 Absatz 1 AktG). Die Vorzugsaktien sind mit folgendem nachzuzahlendem Vorzug bei der Verteilung des Bilanzgewinns ausgestattet (§ 139 Absatz 1 AktG in Verbindung mit Artikel 35 Absatz 2 der Satzung), sofern die Hauptversammlung nicht etwas anderes beschließt:

- Die Inhaber von Vorzugsaktien erhalten eine Vorzugsdividende von 0,04 Euro je Vorzugsaktie. Reicht der in einem Geschäftsjahr auszuschüttende Bilanzgewinn zur Zahlung einer Vorzugsdividende von 0,04 Euro je Vorzugsaktie nicht aus, so ist der Rückstand ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachzuzahlen, dass die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Von dem verbleibenden Bilanzgewinn erhalten zunächst die Inhaber von Stammaktien eine Dividende von 0,02 Euro je Stammaktie; der Restbetrag wird an die Aktionäre entsprechend ihren Anteilen am Grundkapital ausgeschüttet.
- Sollte dieser Vorzugsbetrag in einem Jahr nicht oder nicht vollständig gezahlt und der Rückstand im nächsten Jahr nicht neben dem vollen Vorzug dieses Jahres nachgezahlt werden, so haben die Vorzugsaktionäre das Stimmrecht, bis die Rückstände nachgezahlt sind (§ 140 Absatz 2 AktG). Die Aufhebung oder Beschränkung dieses Vorzugs bedarf der Zustimmung der Vorzugsaktionäre (§ 141 Absatz 1 AktG).

Die Aktionäre nehmen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung der Henkel AG & Co. KGaA ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr. Sie üben dort ihr Stimmrecht aus (nur Stammaktien) – sei es persönlich, per Briefwahl, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (§ 134 Absätze 3 und 4 AktG in Verbindung mit Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Satzung) – und sind berechtigt, Anträge zu Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu stellen, das Wort zu Gegenständen der Tagesordnung zu ergreifen sowie sachbezogene Fragen und Anträge zu stellen (§ 126 Absatz 1, § 131 AktG in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 2 der Satzung). Die jährliche ordentliche Hauptversammlung findet üblicherweise in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres statt (siehe 8.).

### **3.2 Genehmigtes Kapital, Aktienrückkauf**

Gemäß Artikel 6 Absatz 5 der Satzung besteht ein genehmigtes Kapital. Hiernach ist die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft in der Zeit bis zum 12. April 2020 mit Zustimmung des Gesellschafterausschusses und des Aufsichtsrats um bis zu insgesamt nominal Euro 43.795.875 durch Ausgabe von bis zu Stück 43.795.875 neuen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Die Ermächtigung kann vollständig oder ein- oder mehrmals in Teilbeträgen ausgenutzt werden. Der anteilige Betrag am Grundkapital der Aktien, die aufgrund dieser Ermächtigung gegen Sacheinlage ausgegeben werden, darf 10 Prozent des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung bestehenden Grundkapitals nicht überschreiten.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ermächtigt, mit Zustimmung des Gesellschafterausschusses und des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen auszuschließen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder zum (auch mittelbaren) Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Unternehmensteilen, Beteiligungen oder sonstigen Vermögensgegenständen einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft oder gegen von ihr abhängige Unternehmen im Sinne des § 17 AktG.

Wird das Kapital gegen Bareinlagen erhöht, ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Das Bezugsrecht kann jedoch, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesellschafterausschusses und des Aufsichtsrats, in drei Fällen ausgeschlossen werden: erstens, um etwaige Spitzenbeträge zu verwerten; zweitens, um Gläubigern von Schuldverschreibungen mit Wandlungs- oder Optionsrechten, die von der Gesellschaft oder von einer von ihr abhängigen Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Wandlungs- oder Optionsrechts beziehungsweise nach Erfüllung ihrer Wandlungspflicht zustünde; drittens, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabebetrags aktuellen Börsenkurs nicht wesentlich unterschreitet.

Darüber hinaus ist die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, bis zum 12. April 2020 Stamm- und/oder Vorzugsaktien der Gesellschaft mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von höchstens 10 Prozent zu erwerben. Die Ermächtigung kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck ausgeübt werden. Unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre können eigene Aktien insbesondere an Dritte zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder Beteiligung von Unternehmen übertragen werden. Auch können eigene Aktien gegen Barzahlung veräußert werden, sofern der Kaufpreis den aktuellen Börsenpreis zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Ferner dürfen eigene Aktien auch zur Erfüllung von Wandlungs- oder Optionsrechten, die von der Gesellschaft eingeräumt wurden, verwendet werden. Die persönlich haftende Gesellschafterin wurde darüber hinaus ermächtigt, eigene Aktien mit Zustimmung des Gesellschafterausschusses und des Aufsichtsrats ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.

Soweit Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben beziehungsweise verwendet werden, darf der anteilige Betrag am Grundkapital solcher Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals nicht übersteigen.

### **3.3 Beschränkungen, die die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen**

Die Vorzugsaktien gewähren grundsätzlich kein Stimmrecht (§§ 139 Absatz 1, 140 Absatz 1 AktG; zu weiteren Einzelheiten siehe vorstehende Ausführungen). Aus von der Gesellschaft gehaltenen eigenen Aktien (§ 71b AktG) sowie aus solchen Stammaktien, bezüglich derer die kapitalmarktrechtlichen Mitteilungspflichten verletzt wurden (§ 44 Satz 1 Wertpapierhandelsgesetz [WpHG]), können keine Stimmrechte ausgeübt werden. Auch in den in § 136 AktG aufgeführten Fällen (Interessenkollision bei Stammaktien, die im Besitz von Mitgliedern des Vorstands, Aufsichtsrats oder Gesellschafterausschusses sind) ist das Stimmrecht aus den jeweiligen Stammaktien kraft Gesetz ausgeschlossen.

Zwischen Mitgliedern der Familien der Nachfahren des Unternehmensgründers Fritz Henkel wurde ein Aktienbindungsvertrag abgeschlossen, wonach sich die Mitglieder über die Ausübung der Stimmrechte aus den hiervon erfassten Stammaktien an der Henkel AG & Co. KGaA verständigen. Auch bestehen Beschränkungen bezüglich der Übertragungen der hiervon erfassten Stammaktien (Artikel 7 der Satzung).

Soweit die Mitarbeiter im Rahmen des Mitarbeiter-Aktienprogramms Henkel-Vorzugsaktien erwerben, unterliegen diese von den Mitarbeiter erworbenen Aktien (Mitarbeiteraktien) einschließlich der ohne Zuzahlung erworbenen Bonus-Aktien einer firmenseitigen privatrechtlichen Haltefrist von drei Jahren – gerechnet ab dem ersten Tag der jeweiligen Teilnahmeperiode –, vor deren Ablauf die Aktien grundsätzlich nicht veräußert werden dürfen. Werden Mitarbeiteraktien innerhalb der Haltefrist veräußert, verfallen die Bonus-Aktien. Auch die von Mitarbeitern im Rahmen des zum 1. Januar 2017 eingeführten Long Term Incentive (LTI) Plan 2020+ zu erwerbenden Henkel-Vorzugsaktien unterliegen einer firmenseitigen privatrechtlichen Haltefrist und dürfen vor Ablauf der vierjährigen Laufzeit einer Tranche grundsätzlich nicht veräußert werden.

Darüber hinaus bestehen auch mit den Mitgliedern des Vorstands vertragliche Vereinbarungen über Haltefristen für Henkel-Vorzugsaktien, die diese aus der jährlichen variablen Barvergütung erwerben müssen

### **3.4 Bedeutende Aktionäre**

Gemäß den der Gesellschaft zugegangenen Mitteilungen werden insgesamt mehr als 50 Prozent der Stimmrechte von den Mitgliedern des Aktienbindungsvertrags Henkel gehalten. Anderweitige direkte oder indirekte Beteiligungen am Grundkapital, die 3 Prozent oder mehr der Stimmrechte übersteigen (meldepflichtiger Besitz im Sinne von § 44 Absatz 1 WpHG), sind uns nicht gemeldet worden und auch nicht bekannt.

### **3.5 Aktien mit Sonderrechten, Überkreuzbeteiligung**

Aktien mit Mehrfachstimmrechten, Vorzugsstimmrechten, Höchststimmrechten oder Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, gibt es nicht. Überkreuzbeteiligungen bestehen nicht.

#### **4. Persönlich haftende Gesellschafterin/Vorstand**

Alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft ist die Henkel Management AG, deren Vorstand damit die Führung der Geschäfte der Gesellschaft obliegt. Die Henkel Management AG ist nicht befugt, darüber hinaus für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte zu tätigen oder sonstige unternehmerische Aktivitäten zu entfalten (Artikel 8 Absatz 2 der Satzung).

Die Gesellschaft ist alleinige Aktionärin der Henkel Management AG. Sobald die Gesellschaft nicht mehr alle Aktien hält, scheidet die Henkel Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus (Artikel 8 Absatz 5 der Satzung). Durch diese Struktur ist gewährleistet, dass die Aktionäre beziehungsweise die Organe der Gesellschaft ihren Einfluss auf die Henkel Management AG und damit auf die Führung der Geschäfte des Unternehmens behalten und kein Dritter die Kontrolle über die Henkel Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin erlangen und damit besondere Einflussmöglichkeiten auf die Gesellschaft erwerben kann.

Die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands obliegt dem Aufsichtsrat der Henkel Management AG. Die Bestellung erfolgt auf höchstens fünf Jahre. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig (§ 84 AktG).

Der Vorstand besteht gemäß Artikel 7 Absatz 1 der Satzung der Henkel Management AG aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat der Henkel Management AG die Zahl der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen.

Der Vorstand ist zuständig für die Leitung des Gesamtunternehmens einschließlich Planung, Koordination, Allokation der Ressourcen und Kontrolle/Risikomanagement. Er ist an das Unternehmensinteresse gebunden und der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes verpflichtet. Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Gesellschafterausschuss ab und sorgt unter Beachtung der rechtlichen Grenzen der Konzernführung für ihre Umsetzung. Der Vorstand ist zuständig für die Aufstellung der Quartals-, Jahres- und Konzernabschlüsse. Auch hat er dafür zu sorgen, dass Rechtsvorschriften, behördliche Regelungen und unternehmensinterne Richtlinien eingehalten werden, und darauf hinzuwirken, dass die Konzernunternehmen sie beachten.

Die Mitglieder des Vorstands sind für die Führung der Geschäfte von Henkel in ihrer Gesamtheit verantwortlich. Hierbei sind den einzelnen Mitgliedern des Vorstands durch den Geschäftsverteilungsplan bestimmte Aufgabengebiete zugewiesen, für die sie in erster Linie Verantwortung tragen. Die Mitglieder des Vorstands arbeiten kollegial zusammen; sie unterrichten sich über alle wesentlichen Vorfälle aus ihren Arbeitsgebieten und stimmen sich über alle Maßnahmen ab, von denen mehrere Arbeitsgebiete betroffen sind.

Eine vom Gesellschafterausschuss für die Henkel Management AG erlassene Geschäftsordnung legt die dem Gesellschafterausschuss zur Zustimmung vorzulegenden Geschäfte und Maßnahmen fest. Die Zusammenarbeit im Vorstand der Henkel Management AG und die



Geschäftsverteilung regelt eine vom Aufsichtsrat der Henkel Management AG erlassene Geschäftsordnung. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Unabhängig davon, dass Qualifikation und Kompetenz sowie professionelle Exzellenz für die infrage stehende Position bei der Besetzung einer Vorstandsposition ausschlaggebend sind, hat der Aufsichtsrat der Henkel Management AG – nach vorheriger Erörterung im Gesellschafterausschuss und in dessen Personalausschuss – nachfolgende Kriterien verabschiedet, auf die bei der Besetzung des Vorstands geachtet werden soll, um ein möglichst breites Spektrum an Kenntnissen, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen (Diversität) im Vorstand abzubilden:

- **Bildungs- / Berufshintergrund**  
Die Vorstandsmitglieder sollen in ihrer Gesamtheit insbesondere auf folgenden Gebieten über Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Erfahrungen verfügen:
  - **Steuerungs- / Führungserfahrung:** Erfahrungen in der Steuerung von international tätigen Einheiten, Einbindung von Arbeitnehmervertretungen, Führung und Motivation von Mitarbeitern, Nachfolgeplanung.
  - **Geschäftsverständnis:** Kenntnisse / Erfahrungen im Industrie- / Konsumentengeschäft und über die wesentlichen Märkte unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen und sozialen Umfelds, in denen Henkel tätig ist, sowie Kenntnisse / Erfahrungen auf den Gebieten Marketing / Vertrieb und Digitalisierung / E-Commerce sowie in Fragen von Forschung und Entwicklung, Produktion / Technik und des nachhaltigen Wirtschaftens.
  - **Strategische Expertise:** Entwickeln von Zukunftsperspektiven und -strategien sowie deren Umsetzung.
  - **Finanzexpertise:** Erfahrungen mit Rechnungslegung, Abschlussprüfung, Finanzierungs- und Kapitalmarktfragen.
  - **Controlling / Risikomanagement:** Erfahrungen auf den Gebieten interner Kontroll- und Risikomanagementsysteme sowie interner Revisionsysteme.
  - **Governance / Compliance / Ethik:** Erfahrungen auf dem Gebiet des Zusammenwirkens von Gesellschaftsgremien (Governance) sowie des Erfüllens von gesetzlichen / internen Anforderungen (Compliance), modernes Verständnis von Unternehmensethik und deren Umsetzung.
  
- **Internationalität**  
Die internationale Tätigkeit des Unternehmens sowohl in reifen als auch in Wachstumsmärkten soll sich angemessen in der Besetzung des Vorstands widerspiegeln. Daher wird angestrebt, dass dem Vorstand mehrere Mitglieder unterschiedlicher Nationalität beziehungsweise mit einem internationalen Hintergrund (zum Beispiel längere berufliche Erfahrungen im Ausland oder Betreuung ausländischer Geschäftsaktivitäten) angehören.
  
- **Geschlecht**  
Frauen sollen im Vorstand angemessen vertreten sein. Daher wird angestrebt, dass dem Vorstand mindestens eine Frau angehört.



- Seniorität

Bei der Besetzung des Vorstands soll den Aspekten „Wandel“ und „Kontinuität“ angemessen Rechnung getragen werden. Daher wird angestrebt, dass dem Vorstand Mitglieder mit unterschiedlicher Seniorität angehören. Unabhängig davon sollen in der Regel Vorstandsmitglieder nicht älter als 63 Jahre sein.

## 5. Gesellschafterausschuss

Satzungsgemäß besteht ein Gesellschafterausschuss, der sich aus mindestens fünf und höchstens zehn Mitgliedern zusammensetzt, die durch die Hauptversammlung der Henkel AG & Co. KGaA gewählt werden (Artikel 27 der Satzung). Die Amtszeit beträgt fünf Jahre, soweit bei der Wahl nicht etwas anderes festgelegt wird.

Der Gesellschafterausschuss führt die ihm durch die Hauptversammlung oder durch die Satzung übertragenen Angelegenheiten durch. Insbesondere wirkt der Gesellschafterausschuss an Stelle der Hauptversammlung bei der Führung der Geschäfte der Gesellschaft mit. Er ist an der Formulierung der Unternehmensleitlinien, der Unternehmensziele und der langfristigen Planung beteiligt und überwacht und berät die Henkel Management AG beziehungsweise deren Vorstand regelmäßig bei der Leitung des Unternehmens. Er trägt wichtige unternehmerische Entscheidungen mit, gibt Anregungen zur Unternehmensentwicklung und überwacht die Einhaltung der Planung.

Darüber hinaus beschließt er über Eintritt und Ausscheiden von persönlich haftenden Gesellschaftern und hat Geschäftsführungsbefugnis sowie Vertretungsmacht für die Rechtsverhältnisse zwischen der Gesellschaft und der Henkel Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin. Auch obliegt dem Gesellschafterausschuss die Ausübung der Stimmrechte der Gesellschaft in der Hauptversammlung der Henkel Management AG. Damit bestellt er auch die Mitglieder des Aufsichtsrats der Henkel Management AG und ist so eingebunden in die Bestellung der Mitglieder des Vorstands. Außerdem hat er eine Geschäftsordnung für die Henkel Management AG erlassen (§ 278 Absatz 2 AktG in Verbindung mit §§ 114, 161 HGB und Artikel 8, 9 und 26 der Satzung der Henkel AG & Co. KGaA).

Der Gesellschafterausschuss tagt in der Regel sechsmal im Jahr und hält eine mehrtägige Klausurtagung gemeinsam mit dem Vorstand ab. Der Gesellschafterausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Er hat einen Finanz- sowie einen Personalausschuss eingerichtet, die gleichfalls in der Regel jeweils sechsmal im Jahr tagen, und denen jeweils fünf seiner Mitglieder angehören.

Der Finanzausschuss befasst sich insbesondere mit Finanzangelegenheiten, Fragen der Finanzstrategie, der finanziellen Lage und Ausstattung, der Steuer- und Bilanzpolitik sowie des Risikomanagements des Unternehmens. Außerdem bereitet er die entsprechenden Entscheidungen des Gesellschafterausschusses vor, soweit ihm nicht die Entscheidungszuständigkeit übertragen wurde.

Der Personalausschuss befasst sich insbesondere mit der Erörterung von Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstands und mit Fragen der Personalstrategie sowie der Vergütung und bereitet die entsprechenden Entscheidungen des Gesellschafterausschusses vor,

soweit ihm nicht die Entscheidungszuständigkeit übertragen wurde. Auch befasst er sich mit Fragen der Nachfolgeplanung sowie der Managementpotenziale innerhalb der einzelnen Unternehmensbereiche. Hierbei trägt er dem Gesichtspunkt der Vielfalt (Diversity) Rechnung.

## **6. Aufsichtsräte**

### **6.1 Aufsichtsrat der Henkel AG & Co. KGaA**

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 zu gleichen Teilen aus Aktionärs- und Arbeitnehmervertretern zusammen, und besteht aus 16 Mitgliedern. Die acht Aktionärsvertreter werden von der Hauptversammlung, die acht Arbeitnehmervertreter von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 und der dazu erlassenen Wahlordnung gewählt. Alle Aufsichtsratsmitglieder sind in gleichem Maße dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre, soweit bei der Wahl nicht etwas anderes festgelegt wird.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Führung der Geschäfte zu beraten und zu überwachen. In regelmäßigen Abständen erörtert der Aufsichtsrat mit dem Vorstand die Geschäftsentwicklung und Planung. Er prüft den Jahresabschluss der Henkel AG & Co. KGaA und den Konzernabschluss sowie die entsprechenden Lageberichte unter Berücksichtigung der Prüfungsberichte des Abschlussprüfers sowie die nichtfinanzielle Erklärung. Zudem beschließt er über den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns und unterbreitet der Hauptversammlung einen Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers.

Der Aufsichtsrat tagt in der Regel viermal im Jahr. Er fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungs- und einen Nominierungsausschuss gebildet.

Dem Prüfungsausschuss gehören je drei auf Vorschlag der Anteilseignervertreter und der Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats gewählte Aufsichtsratsmitglieder an; der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wird auf Vorschlag der Anteilseigner gewählt. Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften muss dem Prüfungsausschuss mindestens ein unabhängiges Mitglied des Aufsichtsrats angehören, das über Sachverstand auf den Gebieten der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung verfügt.

Der Prüfungsausschuss, der in der Regel viermal im Jahr tagt, bereitet die Verhandlungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats über die Billigung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses, die Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung sowie die Verabschiedung des Vorschlags an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers vor, erteilt die Prüfungsaufträge an den Abschlussprüfer und legt die Prüfungsschwerpunkte sowie die Vergütung für Prüfungs- und sonstige Beratungsleistungen des Abschlussprüfers fest. Auch überwacht er die Unabhängigkeit und Qualifikation des Abschlussprüfers, holt eine Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und wertet diese aus. Darüber hinaus befasst er sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und der Internen Revision sowie mit Fragen der

Compliance. Weiterhin erörtert er die Quartalsmitteilungen und den Halbjahresfinanzbericht vor deren Veröffentlichung im Beisein des Abschlussprüfers mit dem Vorstand.

Dem Nominierungsausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie zwei weitere Anteilseignervertreter an, die auf Vorschlag der Anteilseignervertreter gewählt werden. Den Vorsitz im Nominierungsausschuss führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Nominierungsausschuss bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats über Wahlvorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern (Anteilseignervertreter) vor.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes und der Empfehlungen des Kodex und unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation sowie der internationalen Tätigkeit des Unternehmens sowohl im Industrie- als auch im Konsumentengeschäft hat der Aufsichtsrat im Jahr 2017 die Zielsetzung für seine Zusammensetzung überprüft und aktualisiert. Nachstehende Ziele wurden festgelegt, die vom Aufsichtsrat bei seinen Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung sowohl bei turnusmäßigen Neuwahlen als auch bei etwaigen Ersatzwahlen berücksichtigt werden sollen; für die gewählten Arbeitnehmervertreter sind die besonderen Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes zu beachten.

- **Bildungs- / Berufshintergrund**  
Der Aufsichtsrat soll in seiner Gesamtheit insbesondere auf folgenden Gebieten über Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Erfahrungen verfügen:
  - **Steuerungs- / Führungserfahrung:** Erfahrungen in der Steuerung von international tätigen Konzernen / Unternehmen und der Führung von Mitarbeitern.
  - **Geschäftsverständnis:** Kenntnisse / Erfahrungen auf den Gebieten Forschung und Entwicklung, Produktion / Technik, Marketing / Vertrieb, Digitalisierung / E-Commerce sowie Kenntnisse / Erfahrungen im Industrie- / Konsumentengeschäft und in den wesentlichen Märkten, in denen Henkel tätig ist, sowie in Fragen des nachhaltigen Wirtschaftens.
  - **Finanzexpertise:** Erfahrungen auf dem Gebiet des Rechnungswesens beziehungsweise der Rechnungslegungsprozesse oder Abschlussprüfung, Kenntnisse von Finanzinstrumenten und Finanzierungsstrategien.
  - **Controlling / Risikomanagement:** Erfahrungen auf den Gebieten interner Kontroll- und Risikomanagementsysteme sowie interner Revisionssysteme.
  - **Governance / Compliance:** Erfahrungen auf dem Gebiet des Zusammenwirkens von Gesellschaftsgremien (Governance) sowie des Erfüllens von gesetzlichen / internen Anforderungen (Compliance).
- **Unabhängigkeit, Integrität**  
Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands zu ermöglichen, soll dem Aufsichtsrat unter Berücksichtigung der Eigentümerstruktur der Gesellschaft eine angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehören.

Dem Aufsichtsrat soll in der Regel keine Person angehören, die

- ein enger Familienangehöriger eines Vorstandsmitglieds ist,

- in den letzten drei Jahren Partner oder Angestellter des derzeitigen oder früheren Abschlussprüfers der Gesellschaft war oder ist,
- von der Henkel AG & Co. KGaA oder von einem mit ihr verbundenen Unternehmen (mit Ausnahme der Aufsichtsrats- und gegebenenfalls der Gesellschafterausschussvergütung beziehungsweise bezüglich der betrieblichen Arbeitnehmervertreter mit Ausnahme ihrer Vergütung als Arbeitnehmer) eine anderweitige Vergütung gleich welcher Art in nicht unbedeutendem Umfang erhält oder in den letzten drei Jahren erhalten hat,
- zur Henkel AG & Co. KGaA oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen ein Geschäftsverhältnis in wesentlichem Umfang unterhält, sei es unmittelbar oder mittelbar als Partner, Anteilseigner, Mitglied des Geschäftsführungsorgans oder leitender Angestellter desjenigen Unternehmens, das diese Geschäftsbeziehung unterhält.

Unter der Annahme, dass allein die Ausübung des Aufsichtsratsmandats als Arbeitnehmervertreter keine Zweifel an der Erfüllung der Unabhängigkeitskriterien im Sinn von Ziffer 5.4.2 des Kodex begründet, sollen dem Aufsichtsrat insgesamt mindestens 13 Mitglieder angehören, die unabhängig im Sinn des Kodex sind. Hierbei wird unter Berücksichtigung der Eigentümerstruktur und in Übereinstimmung mit der Tradition der Gesellschaft als eines offenen Familienunternehmens, zu dem sich die Familie Henkel seit der Gründung im Jahr 1876 bekennt, das Halten einer Kontrollbeteiligung beziehungsweise die Zurechnung einer Kontrollbeteiligung aufgrund der Stellung als Mitglied des Aktienbindungsvertrags der Familie Henkel nicht als ein Umstand angesehen, der als solcher einen Interessenkonflikt im vorgenannten Sinn begründet. Eine Mitgliedschaft im Gesellschafterausschuss beziehungsweise im Aufsichtsrat der Henkel Management AG ist mit einer Mitgliedschaft im Aufsichtsrat vereinbar. Jedoch sollen in der Regel mindestens drei der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat weder Mitglied des Aktienbindungsvertrags noch Mitglied des Gesellschafterausschusses beziehungsweise Aufsichtsrats der Henkel Management AG sein; deren Namen sollen im Corporate-Governance-Bericht genannt werden.

Ferner sollen dem Aufsichtsrat nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands sowie Personen angehören, die

- - sofern sie dem Vorstand einer börsennotierten Gesellschaft angehören – insgesamt mehr als drei Aufsichtsratsmandate in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder in Aufsichtsgremien von konzernexternen Gesellschaften wahrnehmen, die vergleichbare Anforderungen stellen,
- Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben.

Darüber hinaus sollen der Hauptversammlung in der Regel keine Personen zur Wahl zum Aufsichtsrat vorgeschlagen werden, die dem Aufsichtsrat zum Zeitpunkt der Wahl bereits mehr als zwei volle Amtsperioden angehören. Zur Wahrung der Kontinuität können jedoch im Einzelfall Mitglieder dem Aufsichtsrat auch für längere Zeit angehören. Dies gilt – unter Berücksichtigung der Eigentümerstruktur und in Übereinstimmung mit der Tradition der Gesellschaft als eines offenen Familienunternehmens – insbesondere für Mitglieder des Aktienbindungsvertrags der Familie Henkel.

Auch sollen die Aufsichtsratsmitglieder in der Lage sein, das Ansehen von Henkel in der Öffentlichkeit angemessen zu vertreten.

- **Verfügbarkeit**  
Der Aufsichtsrat soll sich bei seinen Vorschlägen zur Wahl neuer Aufsichtsratsmitglieder an die Hauptversammlung bei den jeweiligen Kandidatinnen beziehungsweise Kandidaten vergewissern, dass diese den zu erwartenden Zeitaufwand aufbringen können.
- **Internationalität**  
Die internationale Tätigkeit des Unternehmens soll sich angemessen in der Besetzung des Aufsichtsrats widerspiegeln. Daher wird angestrebt, dass dem Aufsichtsrat mehrere Mitglieder mit einem internationalen Hintergrund (zum Beispiel längere berufliche Erfahrungen im Ausland oder Betreuung ausländischer Geschäftsaktivitäten) angehören.
- **Geschlecht**  
Frauen sollen im Aufsichtsrat angemessen vertreten sein. Der gesetzliche Mindestanteil von 30 Prozent wird als grundsätzlich angemessen betrachtet. Es wird angestrebt, bei anstehenden Neuwahlen oder Ergänzungswahlen einen höheren Anteil zu erreichen.
- **Alter**  
Unterschiedliche Generationen / Altersgruppen sollen angemessen im Aufsichtsrat repräsentiert sein. Daher wird angestrebt, dass dem Aufsichtsrat Mitglieder aus verschiedenen Generationen / Altersgruppen angehören.

Unabhängig davon sollen der Hauptversammlung in der Regel keine Personen zur Wahl zum Aufsichtsrat vorgeschlagen werden, die zum Zeitpunkt der Wahl das 70. Lebensjahr bereits vollendet haben.

Der Aufsichtsrat – und auch der Gesellschafterausschuss – führen in regelmäßigen Abständen eine Selbstbeurteilung der Effizienz ihrer Tätigkeit und der Tätigkeit der Ausschüsse durch. Diese Selbstbeurteilung erfolgt auf Basis eines umfangreichen Fragenkatalogs, wobei auch Fragen der Corporate Governance sowie Verbesserungsmöglichkeiten behandelt werden.

Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex sind Interessenkonflikte in geeigneter Form gegenüber dem Aufsichtsrat beziehungsweise dem Gesellschafterausschuss offen zu legen, insbesondere solche, die auf Grund einer Beratung von oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können. Wesentliche Interessenkonflikte, die nicht nur vorübergehender Natur sind, sollen zur Beendigung des Mandats im Wege der Amtsniederlegung führen.

Soweit Henkel mit Unternehmen, denen Mitglieder des Aufsichtsrats (und/oder des Gesellschafterausschusses) angehören, Geschäfte tätigt, gelten hierbei die Bedingungen wie unter fremden Dritten.

## **6.2 Aufsichtsrat der Henkel Management AG**

Der Aufsichtsrat der Henkel Management AG setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, die sämtlich von der Hauptversammlung der Henkel Management AG gewählt werden. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre, soweit bei der Wahl nicht etwas anderes festgelegt wird.

Alleinige Aktionärin der Henkel Management AG ist die Henkel AG & Co. KGaA. Die der Henkel AG & Co. KGaA zustehenden Stimmrechte werden durch den Gesellschafterausschuss der Henkel AG & Co. KGaA ausgeübt, der damit auch die Mitglieder des Aufsichtsrats der Henkel Management AG wählt.

Der aus drei Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat der Henkel Management AG ist mit Mitgliedern des Gesellschafterausschusses der Henkel AG & Co. KGaA besetzt. Durch diese (teilweise) personenidentische Besetzung ist erreicht, dass der Gesellschafterausschuss nicht nur die Henkel Management AG als persönlich haftende Gesellschafterin bestellt, sondern (über die Mitglieder des Aufsichtsrats der Henkel Management AG) auch deren Vorstand, d.h. diejenigen natürlichen Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten. Zugleich wird hierdurch eine effektive Kontrolle der Geschäftsführung, d.h. des Vorstands der Henkel Management AG gewährleistet:

- Überwachung und Kontrolle des Vorstands durch den Aufsichtsrat der Henkel Management AG nach aktienrechtlichen Grundsätzen;
- Überwachung und Kontrolle der Henkel Management AG als persönlich haftender Gesellschafterin und damit (auch) ihres Vorstands
  - durch den Gesellschafterausschuss, der insoweit die Befugnisse der Aktionäre der Gesellschaft wahrnimmt, sowie
  - durch den auf KGaA-Ebene gebildeten Aufsichtsrat nach aktienrechtlichen Grundsätzen.

## **7. Zusammenwirken von Vorstand, Gesellschafterausschuss und Aufsichtsrat**

Der Vorstand der Henkel Management AG, dem die Leitung des Gesamtunternehmens einschließlich Planung, Koordination, Allokation der Ressourcen und Kontrolle / Risikomanagement obliegt, der Gesellschafterausschuss und der Aufsichtsrat der Gesellschaft arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Gesellschafterausschuss ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung informiert der Vorstand den Gesellschafterausschuss und den Aufsichtsrat der Gesellschaft regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Geschäftspolitik, der Unternehmensplanung, der Rentabilität, der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und der wesentlichen Konzernunternehmen sowie über die Risikolage und das Risikomanagement.

Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung hat der Gesellschafterausschuss in einer Geschäftsordnung für die Henkel Management AG in ihrer Funktion als alleinige persönlich haftende Gesellschafterin Zustimmungsvorbehalte festgelegt (Artikel 26 der Satzung). Hierzu gehören insbesondere Entscheidungen oder Maßnahmen, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens wesentlich verändern. Der Vorstand beachtet diese Zustimmungsvorbehalte des Gesellschafterausschusses ebenso wie die gesetzlich vorgeschriebenen Entscheidungszuständigkeiten der Hauptversammlung der Gesellschaft.

## **8. Hauptversammlung der Henkel AG & Co. KGaA**

Die Hauptversammlung ist das Organ der Willensbildung aller Aktionäre. Der Leiter beziehungsweise Vorsitzende der Hauptversammlung wird vom Gesellschafterausschuss bestimmt.

### **8.1. Beschlussgegenstände**

Die Hauptversammlung beschließt in den im Gesetz und in der Satzung bestimmten Fällen, insbesondere über

- Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats (Anteilseignervertreter) und des Gesellschafterausschusses,
- Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Bilanzgewinns,
- Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin, des Aufsichtsrats und des Gesellschafterausschusses,
- Wahl des Abschlussprüfers und Bestellung von Sonderprüfern,
- Satzungsänderungen,
- Ausgabe von neuen Aktien und von Wandel- und Optionsschuldverschreibungen,
- Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien,
- Abschluss von Unternehmensverträgen und Umwandlungen,
- Auflösung der Gesellschaft.

Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht Gesetz oder Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit nach dem Gesetz eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des vertretenen stimmberechtigten Kapitals gefasst (Artikel 24 der Satzung). Dies gilt auch für Satzungsänderungen; Änderungen des Gegenstandes des Unternehmens bedürfen jedoch einer Mehrheit von drei Viertel des vertretenen stimmberechtigten Kapitals (§ 179 Absatz 2 AktG). Die Befugnis zur Änderung oder Ergänzung der Satzung, die nur die Fassung betreffen, ist auf den Aufsichtsrat sowie den Gesellschafterausschuss übertragen worden (Artikel 34 der Satzung).

### **8.2. Einberufung**

Die Hauptversammlung wird durch die persönlich haftende Gesellschafterin einberufen.

Aktionäre, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals erreichen – das entspricht 21.897.938 Stamm- und/oder Vorzugsaktien oder eine Kombination aus beiden -, können die Einberufung der Hauptversammlung verlangen, beziehungsweise können sie, soweit ihre Anteile zusammen den anteiligen Betrag am Grundkapital von 500.000 Euro erreichen – das entspricht 500.000 Stamm- und/oder Vorzugsaktien oder eine Kombination aus



beiden – verlangen, dass Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt und bekannt gemacht werden (§ 122 Absätze 1 und 2 AktG). Ferner können Aktionäre, deren Anteile zusammen den anteiligen Betrag am Grundkapital von 100.000 Euro erreichen, unter bestimmten Voraussetzungen verlangen, dass ein Sonderprüfer zur Überprüfung bestimmter Vorgänge gerichtlich bestellt wird (§ 142 Absatz 2 AktG).

Die jährliche ordentliche Hauptversammlung findet üblicherweise in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres statt. Der Vorstand veröffentlicht zusammen mit der Tagesordnung die vom Gesetz für die Hauptversammlung verlangten Berichte und Unterlagen einschließlich des Geschäftsberichts auch auf der Internet-Seite der Gesellschaft. Die Ergebnisse der Beschlussfassungen der Hauptversammlung sind gleichfalls über das Internet zugänglich. Darüber hinaus wird die Hauptversammlung teilweise live im Internet übertragen.

### **8.3. Teilnahme / Stimmrecht**

Die Aktionäre nehmen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung der Henkel AG & Co. KGaA ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr. Sie üben dort ihr Stimmrecht aus (nur Stammaktien) – sei es persönlich, per Briefwahl, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (§ 134 Absätze 3 und 4 AktG in Verbindung mit Artikel 21 Absätze 2 und 3 der Satzung) – und sind berechtigt, Anträge zu Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu stellen, das Wort zu Gegenständen der Tagesordnung zu ergreifen sowie sachbezogene Fragen und Anträge zu stellen (§ 126 Absatz 1, § 131 AktG in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 2 der Satzung).

Die Gesellschaft erleichtert den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte und unterstützt sie bei der Stimmrechtsvertretung, indem sie Vertreter für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts bestellt. Darüber hinaus können Aktionäre ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung, auch ohne selbst oder durch Bevollmächtigte an der Hauptversammlung teilzunehmen, schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation ausüben (Briefwahl).

Gemäß Artikel 22 der Satzung können die Mitglieder des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin das Stimmrecht aus stimmberechtigten Aktien weder für sich noch für einen anderen ausüben oder ausüben lassen bei Beschlussfassungen über die Wahl und Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats (Anteilseignervertreter) und des Gesellschafterausschusses, der Entlastung der persönlich haftenden Gesellschafterin, des Aufsichtsrats und des Gesellschafterausschusses, der Bestellung von Sonderprüfern, der Wahl des Abschlussprüfers sowie bei Beschlussfassungen über Ersatzansprüche.

Jede Stammaktie gewährt eine Stimme. Die Gesellschaft hat außerdem mit einem Dividendenvorzug ausgestattete Vorzugsaktien ausgegeben, deren Stimmrecht gemäß den Bestimmungen des AktG bei Nichtbedienen der Vorzugsdividende auflebt (siehe 3.1).

## 9. Grundsätze der Unternehmensführung / Corporate Compliance

Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte des Unternehmens mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Unternehmensleiters nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der Henkel Management AG und der Satzung der Henkel AG & Co. KGaA, der Geschäftsordnung für den Vorstand, der Regelungen der für sie geltenden Anstellungsverträge sowie der vom Vorstand beschlossenen Compliance-Richtlinien und gefassten Beschlüsse.

Unternehmensführungsgrundsätze, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen, leiten sich aus unserem Unternehmenszweck, unserer Vision, unserer Mission und unseren Werten ab. Für den Erfolg des Unternehmens ist ein gemeinsames Verständnis des unternehmerischen Handelns Voraussetzung. Wir haben einen klaren und langfristig ausgerichteten strategischen Rahmen definiert. Er hilft uns, die richtigen Entscheidungen zu treffen, uns auf unsere strategischen Prioritäten zu konzentrieren und unseren Anspruch an unsere Zukunft konsequent zu verfolgen.

Wir wollen Werte schaffen – für unsere Kunden und Konsumenten, unsere Mitarbeiter, unsere Aktionäre sowie die Gesellschaft und das Umfeld, in dem wir tätig sind.

### Unser Unternehmenszweck:

- Nachhaltig Werte schaffen.

### Unsere Vision:

- Führend mit unseren Innovationen, Marken und Technologien.

### Unsere Mission:

- Unsere Kunden und Konsumenten in aller Welt schätzen uns als zuverlässigen Partner mit führenden Positionen in allen relevanten Märkten und Kategorien und einem leidenschaftlichen Team mit gemeinsamen Werten.

### Unsere Werte:

- Wir stellen unsere Kunden und Konsumenten in den Mittelpunkt unseres Handelns.
- Wir schätzen, fordern und fördern unsere Mitarbeiter.
- Wir streben exzellenten, nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg an.
- Wir wollen unsere führende Rolle im Bereich Nachhaltigkeit stetig ausbauen.
- Wir gestalten unsere Zukunft mit ausgeprägtem Unternehmergeist auf der Grundlage unserer Tradition als Familienunternehmen.

Dieser Unternehmenszweck, diese Vision, Mission und Werte geben den Gremien von Henkel sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit die Richtung und das Ziel vor. Sie bekräftigen unseren Anspruch, in allem, was wir tun, hohen ethischen Anforderungen Rechnung zu tragen. Und sie leiten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei allen Entscheidungen in ihrem Arbeitsalltag; sie bilden die Orientierungsgrundlage für ihr Verhalten und Handeln. Anspruch von Henkel ist es, alle Geschäfte in ethisch und rechtlich einwandfreier Weise zu tätigen. Daher erwartet Henkel von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie neben den internen Regeln alle relevanten Gesetze befolgen, Interessenkonflikte vermeiden, die Vermögenswerte von Henkel schützen sowie die gesellschaftlichen Werte der Länder und

Kulturkreise, in denen Henkel Geschäfte tätigt, respektieren. Dazu hat der Vorstand konzernweit geltende Codes und Standards mit weltweit verbindlichen Vorgaben erlassen. Diese sind nicht statisch, sondern werden weiterentwickelt und den sich laufend ändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen angepasst, denen Henkel als global tätiges Unternehmen unterliegt. Der Code of Conduct unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ethischen und rechtlichen Fragen. Die Leadership Principles definieren beispielsweise den Handlungsrahmen für Führungskräfte. Der Code of Corporate Sustainability beschreibt die Grundsätze nachhaltigen und gesellschaftlich verantwortlichen Wirtschaftens. Durch diesen Code wird auch der Global Compact der Vereinten Nationen bei Henkel umgesetzt.

Compliance im Sinn des Einhaltens von Gesetzen und Richtlinien ist integraler Bestandteil unserer Geschäftsprozesse. Henkel hat eine unternehmensweite Compliance-Organisation mit lokal beziehungsweise regional verantwortlichen Compliance Officers eingerichtet, die vom General Counsel & Chief Compliance Officer mit weltweiter Zuständigkeit geführt wird. Der General Counsel & Chief Compliance Officer, unterstützt vom Corporate Compliance Office sowie einem interdisziplinär zusammengesetzten Compliance & Risk Committee, steuert die Compliance-Aktivitäten auf der Ebene des Gesamtunternehmens, koordiniert Trainings, kontrolliert, inwieweit die externen wie internen Anforderungen erfüllt sind, und trifft geeignete Maßnahmen im Fall von Compliance-Verstößen.

Die lokalen beziehungsweise regionalen Compliance Officers sind verantwortlich für die Schulungs- und Umsetzungsmaßnahmen, die auf die lokalen beziehungsweise regionalen Erfordernisse zugeschnitten sind, sowie für die entsprechende Beaufsichtigung. Sie berichten an das Corporate Compliance Office. Der General Counsel & Chief Compliance Officer berichtet regelmäßig an den Vorstand sowie an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats über festgestellte Compliance-Verstöße.

Das Thema Compliance ist auch ein fester Bestandteil der Zielvereinbarung mit allen Führungskräften im Konzern. Diese sind aufgrund ihrer Stellung besonders verpflichtet, Vorbild für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sein, die Compliance-Regelungen zu kommunizieren und deren Durchsetzung durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.

Ein wesentliches Element von Compliance ist auch der Umgang mit Beschwerden und Hinweisen auf ein Fehlverhalten. Zusätzlich zu den internen Berichts- und Beschwerdewegen besteht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, Hinweise auf schwerwiegende Verstöße auch anonym über eine Compliance Hotline, die von einem externen Anbieter betrieben wird, an das Corporate Compliance Office zu melden. Dessen Leiter kann dann die entsprechenden Maßnahmen einleiten.

Die Schwerpunkte der konzernweiten Compliance-Aktivitäten liegen auf den Bereichen Kartellrecht und Korruptionsbekämpfung. In unserem Code of Conduct, in den darauf basierenden Konzernrichtlinien sowie in weiteren Publikationen hat der Vorstand eindeutig seine ablehnende Haltung zu allen Compliance-Verstößen zum Ausdruck gebracht, insbesondere zu Kartell- und Korruptionsverstößen. Derartige Verstöße werden in keiner Weise geduldet. Für

Henkel sind Bestechungen, Kartellabsprachen oder sonstige Regelverstöße keine Mittel, um Geschäfte herbeizuführen oder abzuschließen.

Ein weiterer Compliance-Bereich betrifft das Kapitalmarktrecht. In Ergänzung zu den gesetzlichen Bestimmungen regeln interne Richtlinien den Umgang mit potenziell kurserheblichen Sachverhalten und Informationen. So gibt es ein aus Vertretern verschiedener Abteilungen zusammengesetztes „Ad-hoc-Committee“, das potenziell kurserhebliche Sachverhalte auf ihre Ad-hoc-Relevanz überprüft, um einen gesetzeskonformen Umgang mit Insiderinformationen sicherzustellen. Auch bestehen für die Mitglieder von Vorstand, Gesellschafterausschuss und Aufsichtsrat sowie für Mitarbeiter, die aufgrund ihrer Funktion oder ihrer Einbindung in Projekte Zugang zu Insiderinformationen haben, über die gesetzlichen Verbote hinausgehende Verhaltenspflichten.

Zu weiteren Einzelheiten zu den Grundsätzen der Unternehmensführung verweisen wir auf die entsprechenden Codes.

## **10. Transparenz / Kommunikation**

Eine aktive und offene Informationspolitik, die eine zeitnahe und kontinuierliche Kommunikation beinhaltet, ist ein wesentlicher Bestandteil wertorientierten Handelns bei Henkel. Unter Berücksichtigung dieser Prinzipien werden Aktionäre, Aktionärsvereinigungen, die Teilnehmer am Kapitalmarkt, Finanzanalysten, die Medien und die Öffentlichkeit über die aktuelle Situation sowie wesentliche geschäftliche Veränderungen der Henkel-Gruppe informiert. Dabei beachten wir strikt das Gleichbehandlungsgebot. Sämtliche Informationen sind zeitgleich im Internet verfügbar.

Die regelmäßige Finanzberichterstattung erfolgt zeitnah. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen einschließlich der Termine der Bilanzpresse- und Analystenkonferenz sowie der Hauptversammlung werden im Finanzkalender bekannt gemacht, der auch über das Internet verfügbar ist. Fortschritte und Ziele des Unternehmens in den Bereichen Umwelt, Sicherheit, Gesundheit und gesellschaftliche Verantwortung werden jährlich im Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht. Weiterhin werden Aktionäre, Medien und Öffentlichkeit regelmäßig und umfassend durch Presseinformationen und Veranstaltungen informiert. Soweit Tatsachen eingetreten sind, oder geeignet sind, den Börsenpreis der Henkel-Aktien wesentlich beeinflussen könnten, wird hierüber in Form von Ad-hoc-Mitteilungen berichtet.